

Terror von rechts

URL: http://www1.wdr.de/themen/politik/sp_terrorvonrechts/rechtsextremismus208.html

Initiativen und Netzwerke

Gegen Rechts: Viel Engagement, wenig Geld

Von Nina Magoley

Politiker zeigen sich dieser Tage erstaunt über das Ausmaß der rechtsextremen Szene in NRW. Das wiederum wundert die vielen Initiativen gegen Rechts, die sich seit Jahren engagieren. Fast allen fehlt es an ausreichender finanzieller Unterstützung.



Demonstration gegen Rechtsextreme in Dortmund

Gerade gab die Bundesregierung bekannt, die Mittel zum Kampf gegen **Rechtsextremismus** [1] doch nicht, wie geplant, zu kürzen. Gemeint ist das Budget des Programms "Toleranz fördern, Kompetenz stärken", das jedem Bundesland bis zu 250.000 Euro jährlich zur Verfügung stellt. Vor allem sollen damit die so genannten Mobilen Beratungsstellen finanziert werden. Fünf davon, in jedem Regierungsbezirk eine, gibt es in NRW. "Die Mitarbeiter dort leisten hervorragende Arbeit", sagt Alexander Häusler von der Arbeitsstelle Neonazismus an der Fachhochschule Düsseldorf. Doch obwohl ihre Erkenntnisse von vielen Seiten immer dringender abgefragt würden, seien sie chronisch unterfinanziert. "Dadurch kommt die Hilfe, die zur Verfügung steht, oft nicht dort an, wo die Probleme sind."

Hilfe für Rat suchende Lehrer

So stehen der Mobilen Beratungsstelle Münster, deren Einzugsbereich 2,5 Millionen Einwohner umfasst, gerade mal zwei halbe Stellen zur Verfügung. Eine davon besetzt Heiko Klare. "Unsere Arbeit gliedert sich in drei Säulen", erklärt er. Zunächst die Dokumentation: "Was passiert in der Region? Wo gibt es rechtsextreme Übergriffe, wo wurden rassistische Graffiti bemerkt, wo treffen sich Neonazis, was berichten die Medien?" Der zweite wichtige Bereich sei die Vernetzung: "Wir treiben die Städte und Gemeinden des Regierungsbezirks an, ihre Erfahrungen miteinander auszutauschen." Gruppen, Bündnisse, Schulen, Jugendämter, Polizei - alle, die irgendwie mit der rechtsextremen Szene in Kontakt kommen, sollen im ständigen Austausch miteinander stehen. Der dritte Aspekt sei die Beratung für alle, die sich gegen Rechts engagieren: "Das kann die Lehrerin sein, die Rat von uns möchte, weil sie immer häufiger rechtsextreme Sprüche von einigen Schülern hört, oder auch ein Bürgermeister, der sich Sorgen um neonazistische Tendenzen in seiner Gemeinde macht oder nicht weiß, mit

welchen Mitteln er auf eine geplante Neonazi-Demo reagieren soll."

Große Nachfrage, wenig Geld



Rechtsextremisten demonstrieren in Dortmund

Ziel sei dabei, "die Menschen in der ersten Reihe vor Ort zu stärken und handlungsfähig zu machen". Die Anfragen in der Mobilen Beratung häufen sich, sagt Klare, dennoch könnte manch eine Kommune aktiver gegen Rechts vorgehen. "Wenn im örtlichen Sportverein Rechtsextreme das Wort haben, fällt es dem Bürgermeister oft schwer, offen damit umzugehen." Eher würden solche Situationen dann totgeschwiegen. Umso wichtiger sei die Aufklärungsarbeit der Mobilen Beratung. Doch deren Kapazitäten sind begrenzt. Von den 250.000 Euro, die NRW aus der Bundesförderung jährlich bekommt, fließen 45.000 Euro in den Regierungsbezirk Münster. Das sind gerade 3.750 Euro im Monat. Zwar schießt der örtliche Träger noch etwas dazu, dennoch reiche es nicht aus, "um diese Arbeit auf dem notwendigen Niveau leisten zu können", sagt Klare.

NRW: Rechte Vorreiterrolle neben Berlin

Mehr zum Thema

- NRW: Rund 640 "erkannte" Neonazis: Rechtsextremistische Szene in NRW stark zersplittert

Vor allem wundere ihn, dass ausgerechnet NRW bisher, anders als die meisten anderen Bundesländer, kein eigenes Landesprogramm gegen Rechtsextremismus aufgelegt hat. "Jeden zweiten Tag geschieht in NRW eine rechte Gewaltstraftat", sagt Klare, die Dunkelziffer sei vermutlich deutlich höher. Neben Berlin sei NRW inzwischen bundesweit Vorreiter bei der Ausbreitung der Szene Autonomer Nationalisten. Im Ruhrgebiet, dort vor allem in Dortmund, im Großraum Aachen und in Wuppertal wachse diese Szene rasant.

Jugendämter vernetzen sich

Ein weiteres wichtiges Netzwerk gegen Rechtsextremismus ist der Arbeitskreis Ruhr (AK Ruhr), in dem sich schon 1984 die Jugendamtsleiter verschiedener Ruhrgebietsstädte zum Erfahrungsaustausch zusammenschlossen. Inzwischen gehören mehr als 50 Jugendämter und Vereine dazu. Ziel sei und ist, sagt Geschäftsführer Stefan Woßmann vom Dortmunder Jugendamt, "dass nicht jede Kommune alleine an der Situation herumbastelt". So könnten Projekte, die sich in einer Stadt als erfolgreich erwiesen, von anderen übernommen werden.

"Wir haben ein gesellschaftliches Problem"

Ebenfalls schon fast eine altherwürdige Institution ist das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismearbeit in NRW in Düsseldorf, kurz IDA-NRW, das seit 1994 besteht und vom Landesfamilienministerium finanziert wird. "Wir qualifizieren Multiplikatoren der Sozialarbeit zum Thema", erläutert Leiterin Anne Broden. Beispielsweise klären Mitarbeiter des Zentrums Lehrer in Vorträgen über rechtsextreme oder rassistische Symbole auf, "damit ein Lehrer überhaupt deuten kann, was sich sein Schüler da womöglich in den Arm geritzt oder an die Tür gekritzelt hat". IDA-NRW bietet beunruhigten Eltern Informationsbroschüren, vermittelt Berater, schult Pädagogen. Denn das Problem sei, sagt Broden, "dass viele rechtsextreme Entwicklungen einfach gar nicht als gesellschaftliches Problem wahrnehmen". Wenn "jemand mit solchen Äußerungen wie ein Thilo Sarrazin Führungsperson in der SPD und Finanzsenator in Berlin sein kann, haben wir ein gesellschaftliches Problem".

Antifa-Gruppen als wichtiges Frühwarnsystem

"Nicht zu unterschätzen" sei schließlich auch die Funktion der sogenannten Antifa-Gruppen im ganzen Land, sagt Alexander Häusler von der Fachhochschule Düsseldorf. Wie ein gut funktionierendes "Frühwarnsystem" würden diese Gruppen oft als allererste wahrnehmen, wo sich rechtsextremistische Aktivitäten entwickeln: "Wenn Neonazis in einem Stadtteil beginnen, auf Plätzen oder in Jugendzentren aufzutauchen, Räume für sich zu erobern, dann erfahren wir das oft als erstes durch die Flugblätter, Blogs oder Magazine der Antifa-Gruppen."

Land spart am Geld gegen Rechtsextremismus

Neben den bereits genannten Initiativen gebe es noch ein breites Spektrum von Antidiskriminierungsbüros, lokalen Anlaufstellen und mutigen Privatinitiativen einzelner Bürger, erklärt Häusler. "Ganz wichtig wäre eine effektive Vernetzung all dieser Projekte." Doch dazu bräuchte es deutlich mehr Geld und auch in NRW ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus. 680.000 Euro, so gibt das Familienministerium bekannt, investiert die Landesregierung jährlich in Einrichtungen gegen Rechtsextremismus. Auf Nachfrage jedoch klärt sich, dass der Betrag tatsächlich noch geringer ist, denn eingerechnet seien bereits die 250.000 Euro vom Bund. Viel zu wenig, sagt Häusler, um zu erreichen, dass nicht nur große Teile der Gesellschaft, sondern vor allem auch Politiker "die rechte Gefahr als das erkennen, was sie wirklich ist: als Bedrohung".

Stichworte

1.) Extremismus

Zur Unterscheidung der Begriffe "extremistisch" und "radikal" hat der Verfassungsschutz NRW auf seinen Internet-Seiten Definitionen veröffentlicht. Demnach werden die zwei Begriffe wie folgt unterschieden:

extremistisch: ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen, durch die ein Verfassungsgrundsatz beseitigt oder außer Geltung gesetzt werden soll.

radikal: verfassungskritische Auffassungen und politische Handlungen. Der Begriff "radikal" ist nicht rechtlich definiert.

Der Verfassungsschutz hat in der Vergangenheit "extremistisch" und "radikal" gleichgewichtig benutzt. Das ist heute nicht mehr der Fall. Vielmehr weist er auf den "wichtigen Unterschied zwischen verfassungsfeindlichen 'Extremisten' und verfassungskritischen 'Radikalen'" hin.

Stand: 25.11.2011, 09.57 Uhr

Mehr zum Thema

- Zu wenig Geld und Initiativen gegen Rechts? [WDR 5]
- WWW:
Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus
- WWW:
Bundesprogramm "Toleranz fördern - Kompetenz stärken"
- WWW:
Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Münster
- WWW:
Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Wuppertal
- WWW:
IDA NRW
- WWW:
Arbeitskreis Ruhr

